



Protokoll

Datum:

28. August 2018

Für:

Mitglieder der Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 8. Sitzung der beratenden Kommission (Cocosol) vom 28. August 2018

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident; Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM / ehem. Stv. Direktor BJ
Mitglieder:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss SH, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der schweiz. Archivdirektorinnen- und -Direktorenkonferenz ADK
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss SH
	Christian Raetz	Leiter des « bureau cantonal de médiation VD »
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss SH
Ex officio:	Susanne Kuster	Bundesamt für Justiz / Vizedirektorin, Leiterin Fachbereich öffentliches Recht
	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Anja Kistler	Bundesamt für Justiz

1 Sitzungsbeginn: 10:00 Uhr

2 1. Begrüssung und Mitteilungen
3

4 Der **Präsident** begrüsst die Cocosol-Mitglieder zur heutigen Sitzung. Die
5 Sitzungsunterlagen wurden vor ca. 10 Tagen an alle Mitglieder versandt, so dass
6 genügend Zeit geblieben sein sollte, diese zu studieren und allfällige Rückfragen zu
7 stellen.
8

9 Der Präsident begrüsst zudem heute auch die neue Chefin des Direktionsbereiches
10 Öffentliches Recht, dem der Fachbereich FSZM im Bundesamt für Justiz unterstellt
11 ist. Frau Susanne Kuster stellt sich kurz vor. Es sei für sie eine Ehre, in die
12 Fusstapfen des ehemaligen Delegierten für Opfer von FSZM zu treten. Seit über 10
13 Jahren sei sie bereits in verschiedenen Funktionen im BJ tätig gewesen, zuletzt als
14 Chefin des Direktionsbereiches Internationale Rechtshilfe. Von ihrer Ausbildung her
15 habe sie sich schwerpunktmässig mit dem öffentlichen Recht befasst, namentlich
16 auch mit dem Staats- und Verfassungsrecht. Sie dankt allen Mitgliedern der Cocosol,
17 für ihre bisherige wertvolle Mitarbeit in dieser Kommission und weist darauf hin, wie
18 wichtig diese Brückenfunktion auch für die Betroffenen sei.
19

20 Frau Kuster informiert die Mitglieder der Cocosol über die kürzlichen
21 Neuanstellungen für die Gesuchsbearbeitung im Fachbereich FSZM. Dort werden
22 eine zusätzliche Sekretärin und per 1. November 2018 auch eine neue Juristin ihre
23 Arbeit aufnehmen. Dies hätte es nach der bisherigen Planung erlaubt, die
24 Bearbeitung aller Gesuche voraussichtlich bis im Mai/Juni 2020 und nicht erst Ende
25 März 2021 abzuschliessen (spätestes Enddatum, welches das Gesetz vorsieht). Neu
26 drängen nun aber viele Betroffene und auch einzelne Mitglieder der Cocosol darauf,
27 dass die Gesuchsbearbeitung noch früher abgeschlossen sein sollte. Es haben
28 deshalb verschiedene Gespräche stattgefunden und die Vorsteherin des EJPD, Frau
29 Bundesrätin Sommaruga, ist mit dem BJ in der Zwischenzeit übereingekommen, die
30 personellen Ressourcen so aufzustocken, dass sämtliche Gesuche bereits per Ende
31 2019 abgearbeitet werden können. Erste Vorbereitungsarbeiten auf
32 organisatorischer, finanzieller und personeller Ebene wurden bereits in Angriff
33 genommen.
34

35 Der Präsident weist darauf hin, dass das Protokoll der letzten Sitzung vom 23. Mai
36 2018 bereits früher im Zirkularverfahren genehmigt wurde und heute nicht mehr zur
37 Diskussion steht. Für die heutige Sitzung sind unter anderem vier vollständige
38 Dossiers versendet worden, bei denen der Fachbereich eine Ablehnung in Betracht
39 zieht (3 Grenzfälle). Der Präsident verdeutlicht, dass eine eventuelle Ablehnung eines
40 Gesuchs durch die Cocosol bedeute, dass diese dem Fachbereich eine Ablehnung
41 empfehle. Der endgültige Entscheid liege beim Fachbereich bzw. beim Amt.
42

43 Der Präsident gibt weiter bekannt, dass der Fachbereich FSZM per 4. September
44 2018 in neue Räumlichkeiten umziehen werde, die sich nicht mehr im BJ-
45 Hauptgebäude, sondern in einem anderen Gebäude in dessen Nähe befänden. Die
46 Postadresse bleibe gleich; die Sitzungen der Cocosol würden weiter im
47 Hauptgebäude stattfinden.
48

49 Er informiert, dass Frau Hilafu-Brönnimann zurzeit eine Ausbildung zum Peer
50 absolviere. Sie habe darauf aufmerksam gemacht, dass es während ihrer Ausbildung
51 möglicherweise das eine oder andere Mal zu Terminkollisionen mit der
52 Sitzungsagenda der Cocosol kommen könne und sie deshalb an der einen oder
53 anderen Sitzung möglicherweise nicht teilnehmen könne. Die anderen Mitglieder der
54 Cocosol signalisieren Verständnis und Unterstützung für die Ausbildung und
55 möchten, dass Frau Hilafu weiterhin im Gremium verbleibt, da sie ja weiterhin alle
56 Unterlagen, inkl. den Dossiers und den Protokollen, zum Studium bzw. zur

1 Stellungnahme erhalte und auch Einsicht in einzelne Dossiers beim BJ nehmen
2 könne.

3
4 Der Präsident orientiert weiter, dass am 30. Juni 2018 in Mümliswil ein grosses
5 Sommerfest stattgefunden habe. Organisiert und getragen worden sei es von der
6 Guido Fluri Stiftung. Es seien rund 800 Menschen dort gewesen; diese hätten sich
7 gegenseitig austauschen und gleichzeitig sich auch gegenüber der Öffentlichkeit
8 manifestieren können. Aus den Gesprächen sei für den Präsidenten klar
9 hervorgegangen, wie hoch die persönlichen Hürden für viele der Opfer gewesen
10 seien, überhaupt ein Gesuch einzureichen. Viele der Besucher hätten sich auch eine
11 umgehende Antwort auf ihr Gesuch seitens des BJ erhofft, damit sie mit dieser für sie
12 offenen Angelegenheit rasch abschliessen könnten. Herr Fluri kommentiert den
13 Anlass anschliessend kurz auch aus seiner Sicht.

14
15 Der Präsident orientiert, dass derzeit noch eine Foto-Ausstellung zum Thema
16 „Adoption damals und heute“ im Käfigturm in Bern zu sehen sei. Diese sei einen
17 Besuch wert; es hätten auch interessante Podiumsgespräche stattgefunden; er sei zu
18 einem dieser Gespräche eingeladen gewesen und hätte sich dort auch zum Thema
19 äussern können. Das BJ habe die Ausstellung mit einem kleinen Beitrag finanziell
20 unterstützt.

21
22 Am 27. August 2018 habe das Schweizer Fernsehen im BJ einzelne Filmaufnahmen
23 gemacht. Die ganze Sendung solle im Rahmen der Rundschau vom 12. September
24 2018 ausgestrahlt werden. Die Sendung widme sich insbesondere dem Thema
25 Gesuchsbearbeitung. Zwei gesuchstellende Personen würden ihre Sicht der Dinge
26 darlegen und der Präsident werde im Rahmen eines kurzen Interviews zu den Fragen
27 des Moderators Stellung nehmen.

28 29 30 2. Vorgehen bei der Bearbeitung der Gesuche / Beschleunigungsmöglichkeiten

31
32 Es folgt eine eingehende Diskussion zu verschiedensten Aspekten der bisherigen
33 Gesuchsbearbeitung. Unbestritten ist, dass eine schnelle, effiziente Bearbeitung der
34 Gesuche wünschenswert ist, dass diese jedoch nicht auf Kosten der Qualität der
35 Arbeit und auf Kosten eines genügenden Eingehens auf die Opfer gehen darf. Es hat
36 sich gezeigt, dass die Betreuung zumindest einzelner Opfer viel mehr Zeit in
37 Anspruch nimmt als ursprünglich angenommen. Oft reicht der Telefonanruf, den der
38 Fachbereich standardmässig an jedes der Opfer macht, nicht aus. Es braucht dann
39 nicht selten weitere Betreuung oder ein Weiterverweisen an andere Institutionen oder
40 Behörden, die der betreffenden Person weiterhelfen können. Viele Betroffene wollen
41 auch ihre Geschichte immer wieder erzählen. Dies ist einer der Hauptgründe, wieso
42 die Bearbeitung Zeit braucht. Viele Opfer darunter, nicht zuletzt auch ältere Leute,
43 hätten grosse Berührungängste mit Behörden und damit teilweise auch mit dem BJ.
44 Diese äussern sich zum Teil in einer grossen Feindseligkeit bzw. Ablehnung von
45 allem, was irgendwie von einer Behörde stammt.

46
47 Hinzu kommt, dass das Empfinden von Betroffenen, ungerecht behandelt zu werden,
48 umso grösser wird, je länger die Wartezeit auf eine Entscheidung über ihr Gesuch
49 dauert. Sie möchten ihre Geschichte möglichst rasch abschliessen und können dies
50 nicht, weil noch kein Schreiben, keine Entscheidung, keine Zahlung eingetroffen ist.
51 Nicht einfacher wird es, weil manchmal lange Wartezeiten bei der Aktensuche (in
52 Gemeinden, Staatsarchiven) in Kauf genommen werden müssen oder
53 Verzögerungen entstehen, wenn z.B. Kontoangaben ungenau sind oder Kopien der
54 ID-Karten fehlen. Es geht deshalb nicht an, wie auch schon gefordert wurde, dass
55 sich die Gesuchsbearbeitung auf ein blosses, fünfminütiges Erstellen eines
56 Zahlungsauftrags zugunsten des Opfers zu beschränken habe. Eine seriöse Prüfung
57 des Gesuchs muss weiterhin gewährleistet sein, dies sei in Bezug auf die
58 Glaubwürdigkeit der ganzen Aufarbeitung des Themas essenziell. Falls das BJ den

1 Solidaritätsbeitrag an Personen auszahlen würde, die diesen gar nicht zugute hätten,
2 weil deren Opfereigenschaft fehlt oder wenn es sich gar um Trittbrettfahrer handeln
3 würde, so würde sich dies verheerend auf die Ziele der Aufarbeitung auswirken,
4 sowohl für die Opfer als auch für die Behörden. Deshalb ist es wichtig, mit der
5 gebotenen Eile die Gesuche seriös zu prüfen und dabei die gesetzlichen Vorgaben
6 wie z.B. die Prioritätenordnung einzuhalten. Gleichzeitig müsse gewährleistet sein,
7 dass mit der nötigen Sensibilität auf besondere Einzelfälle eingegangen werden
8 könne, z. B. auf die gesundheitliche oder familiäre Situation eines Betroffenen.

9
10 Die Kommission spricht sich deshalb insbesondere dafür aus, dass:

- 11 - die Kantone und Gemeinden an Ihre Unterstützungspflichten bei der Aktensuche
12 erinnert und ersucht werden, die noch ausstehenden Akten von Betroffenen so
13 rasch als möglich zusammenzustellen und einzusenden. Das BJ wird ein
14 entsprechendes Informationsschreiben verfassen, in dem es die Kantone und
15 Gemeinden auf die beschleunigte Gesuchsbearbeitung beim Bund hinweist und
16 sie bittet, ihre bisherige Aktensuche (bezogen auf die Gesuchsverfahren) zu
17 intensivieren und spätestens bis Ende 2019 abzuschliessen.
- 18 - die Anlaufstellen nochmals über ihre Aufgaben, insbesondere über ihre zukünftige
19 Beratungsfunktion der Opfer und Betroffenen, informiert werden sollten. Das BJ
20 bzw. der Fachbereich kann die seinerzeitige Ombudsfunktion, die es während der
21 Zeit des Delegierten des EJPD innehatte, nicht mehr ausüben, da nun alle
22 Ressourcen in die rasche Bearbeitung der Gesuche investiert sind. Das
23 Wegfallen der Ombudsfunktion entlastet sowohl den Fachbereich als teilweise
24 auch die Guido Fluri Stiftung. Am 10. September 2018 findet ein von der SODK
25 organisiertes Treffen der kantonalen Anlaufstellen statt, zu dem das BJ traditionell
26 auch eingeladen ist. An diesem Anlass soll explizit nochmals darauf hingewiesen
27 werden, dass die Anlaufstellen diese Ombudsfunktion übernehmen. Weil das
28 Protokoll dieses Anlaufstellentreffens allen kantonalen Anlaufstellen zugestellt
29 wird, d.h. auch denjenigen, die keinen Vertreter an dieses Treffen entsenden
30 können, wird diese Information flächendeckend sein. Evtl. müssten hier auch die
31 Kantone bzw. deren Regierungen über die SODK mit ins Boot geholt werden,
32 damit sie den Anlaufstellen weiterhin die notwendigen Ressourcen zur Verfügung
33 stellen;
- 34 - das BJ gegen Jahresende über den Stand der Gesuchsbearbeitung und die
35 vorgesehene Beschleunigung der Arbeiten näher informiert. Gleichzeitig sollten
36 die wichtigsten Informationen auch über die BJ- FSZM-Website verbreitet werden;
- 37 - die Arbeiten so organisiert werden, dass bis Ende Dezember 2019 alle Gesuche
38 bearbeitet und die letzten Verfügungen verschickt sind.

39
40
41
42
43 3. Terminvorschläge für die Sitzungsplanung der Kommission im Jahr 2019:

44
45 Dienstag, 05. März 2019
46 Dienstag, 25. Juni 2019
47 Dienstag, 17. September 2019
48 Dienstag, 26. November 2019

49 Die Kommission heisst diese Sitzungsplanung bzw. die Termine gut.

50
51
52
53 4. Vom BJ für die heutige Sitzung vorgeprüfte Gesuche (Total 683):

- 54
55 4.a) 460 geprüfte Gesuche auf der Juni-Liste (Zirkularweg)
56 223 geprüfte Gesuche auf der Juli-Liste (Zirkularweg)
- 57
58 4.b) Total 676 Gutheissungen

1
2 Die verbleibenden 7 Gesuche werden unter Traktandum 4 c behandelt
3

4 Der Leiter Fachbereich FSZM informiert die Sitzungsteilnehmer kurz über neuste
5 Kennzahlen:

- 6 - 2'360 bearbeitete und grösstenteils schon ausbezahlte Gesuche;
7 - 101 Todesfälle (seit November 2016);
8 - Die Dossiers mit Priorität „K“ (schwere Erkrankung) werden – sobald den
9 Fachbereich eine entsprechende Information auf welchem Weg auch immer
10 erreicht – umgehend bearbeitet und der Entscheid bzw. das Schreiben an die
11 betreffende Person geht noch gleichentags auf die Post (oft auch per Express).
12 Fast täglich bearbeitet der Fachbereich ein oder zwei solcher Gesuche.
13 Voraussetzung: Einreichung eines entsprechenden Arztzeugnisses;
14 - Alle Gesuche mit Priorität „S“ sind mittlerweile bereits erledigt worden (die
15 Opfereigenschaft der betreffenden Personen wurden bereits abgeklärt anlässlich
16 des seinerzeitigen Soforthilfeverfahrens);
17 - Im Bereich der Gesuche mit Priorität „Alter“ (d.h. der Gesuche von über 75-
18 Jährigen, „Prio „A“) sind die Gesuche der zweiten Subkategorie (82 bis 86-
19 Jährige) grösstenteils schon erledigt worden. Im Oktober wird die Bearbeitung der
20 dritten, volumenmässig bedeutenden Subkategorie der 75 bis 81-Jährigen in
21 Angriff genommen. Spätestens im Februar oder März 2019 werden dann auch
22 diese Gesuchskategorie und damit gleichzeitig auch die letzten der prioritär zu
23 behandelnden Gesuche (es sind insgesamt rund 4'000) bearbeitet sein. Damit ist
24 der Fachbereich gut auf Kurs.
25
26

27 4.c) Insgesamt sieht der Fachbereich 4 Dossiers zur Ablehnung vor; bei drei
28 weiteren Dossiers handelt es sich aus Sicht des Fachbereiches um
29 Grenzfälle. Diese werden den Mitgliedern der Kommission zur Stellungnahme
30 und Diskussion unterbreitet.
31

32 Im Endergebnis empfiehlt die Kommission dem Fachbereich:

- 33
34 • 2 Gesuche abzulehnen, weil die Gesuchsteller die Opfereigenschaft nicht
35 erfüllen;
36 • 3 Gesuche gutzuheissen;
37 • Auf ein Gesuch nicht einzutreten, da dem Gesuch kaum Informationen zu
38 entnehmen sind, und diese trotz mehrmaliger Aufforderung auch nicht
39 nachgeliefert wurden;
40 • Ein Gesuch vorläufig zurückzustellen, um weitere Abklärungen zu treffen.
41
42

43 5. Stand Selbsthilfe - Projekte 44

45 Der Präsident informiert über den aktuellen Stand der Selbsthilfe-Projekte.
46 Gegenwärtig sind es neun Projekte in den verschiedensten Phasen; einige sind
47 schon realisiert worden oder in Realisation, andere wiederum sind erst in der
48 Planungsphase.
49

50 6. Verschiedenes 51

52 Wissenschaftliche Aufarbeitung: Die UEK befindet sich bereits in der Abschluss-
53 Phase der Arbeiten und der Schlussbericht ist in Ausarbeitung. Dieser wird noch
54 redaktionell finalisiert und sollte dann im Verlauf des nächsten Jahres veröffentlicht
55 werden. Beim NFP 76 hat eine zweite Ausschreibung stattgefunden; 22
56 Forschungsprojekte wurden bewilligt und die eigentliche Forschungsphase beginnt.
57 Der Zeithorizont ist hier etwas länger, d.h. die Forschungsdauer beträgt 5 Jahre.
58

1 Ausserdem wird am 28. und 29. September 2018 eine von den Archiven, der
2 Opferhilfestelle und der historischen Gesellschaft des Kantons Freiburg organisierte
3 Tagung stattfinden, welche schwergewichtig der Reflektion des bisherigen und auch
4 des zukünftigen Aufarbeitungsprozesses gewidmet ist. Eine Einladung folgt per E-
5 Mail.

6
7 Die nächste Sitzung der Kommission findet am 20. November 2018 von 10.00 -16.00
8 Uhr, im Sitzungszimmer 60 des BJ statt. Die Einladung sowie alle notwendigen
9 Unterlagen werden rechtzeitig folgen.

10
11 Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive
12 Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung und schliesst diese um ca. 15.00h.

13
14
15